

>> INTERVIEW AUS MADRID

>> Interview mit Josep Antoni Duran i Lleida

Josep Duran i Lleida, von 1982 bis 1984 und seit 1987 Parteivorsitzender der katalanischen Christdemokraten (UDC) in Barcelona, ist nationaler Abgeordneter für das Parteienbündnis Convergència i Unió (CiU) im spanischen Parlament.



Dort hat der 54-jährige Duran i Lleida das Amt des Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses inne. Der moderate Katalane und versierte Außenpolitiker wird

seit der Annäherung zwischen der Regierung von Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero und der CiU als künftiger Außenminister gehandelt, falls es nach den Neuwahlen in Katalonien im Herbst zu einer Koalition zwischen den Sozialisten (PSOE) und der liberal-konservativen CiU kommen sollte.

Frage: Wie beurteilen Sie als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Spanischen Abgeordnetenhauses die Lateinamerikapolitik der spanischen Regierung?

Antwort: Lateinamerika muss für die spanische Außenpolitik eine Pri-

orität sein; gleichzeitig muss Spanien in der Europäischen Union als Referenzpunkt für die europäische Lateinamerikapolitik dienen. Die ständigen Regierungswechsel in Lateinamerika haben es zuletzt nicht erlaubt, eine klare Politik zu entwickeln. Anfangs schien es so, als ob die Regierung die Beziehungen mit einigen lateinamerikanischen Ländern mehr dazu nutzte, um die Vereinigten Staaten vor den Kopf zu stoßen, als um vorteilhafte Beziehungen im Interesse Spaniens aufzubauen.

Frage: Die Reden des venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez und die Entscheidung des bolivianischen Präsidenten Evo Morales, die Förderung von Erdöl- und Erdgas zu verstaatlichen, haben in den Reihen der Regierungen und Unternehmer sowohl in Europa als auch in Amerika für reichlich Verstimmung gesorgt. Welche Position und politischen Konzepte sollte Europa Ihrer Auffassung nach gegenüber Venezuela und Bolivien vertreten?

Antwort: In Lateinamerika breitet sich mit Unterstützung und Förderung von Hugo Chávez ein Populismus aus, der die Region in eine

Situation tiefer Instabilität stürzen könnte. Das erste, was die Europäische Union einfordern muss, ist die Einhaltung der internationalen Regeln und Abkommen. Wenn die neue Regierung Boliviens einige der nationalen Regeln und Bestimmungen ändern will, ist das ihr gutes Recht. Aber sie muss dabei ebenfalls die Abmachungen mit den ausländischen Unternehmen aufrechterhalten, welche in das Land investiert haben und die für die wirtschaftliche Entwicklung Boliviens und anderer Länder notwendig sind. Populistische Reden allein reichen nicht aus, um ein Land wirtschaftlich und sozial zu entwickeln.

Frage: Kürzlich haben die europäischen Außenminister beschlossen, die Aussetzung der diplomatischen Sanktionen gegen das Regime von Fidel Castro auf Kuba zu verlängern und den so genannten "kritischen Dialog" weiter zu verfolgen. Zugleich wurde festgestellt, dass sich die Menschenrechtssituation auf Kuba weiter verschlechtert. Wie beurteilen Sie vor diesem Hintergrund die Entscheidung des Außenministerrats?

Antwort: Die kubanische Regierung muss die politischen Repressionen einstellen, die politischen Gefangenen frei lassen und die Menschenrechte respektieren. Jahrelang hat sich gezeigt, dass die Blockadepolitik nicht funktioniert und dass der Hauptleidtragende das kubanische Volk ist, wenn jegliche Kooperation eingestellt wird. Die

Europäische Union muss daher diesen "kritischen Dialog" fortsetzen und dabei mit Festigkeit politische Öffnung und Respekt der Meinungsvielfalt einfordern.

Frage: Spanien gewinnt in den internationalen Finanzorganisationen wie Weltbank und IWF zusehends an Einfluss und besitzt dabei offensichtlich die feste Unterstützung der USA. Wie beurteilen Sie den aktuellen Stand der Beziehungen zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten und wie kann dieses Verhältnis künftig weiter entwickelt werden?

Antwort: Der Rückzug der spanischen Truppen aus dem Irak wurde von der spanischen Regierung schlecht in die Wege geleitet. Dies hat sich auf die Beziehungen zwischen den USA und Spanien unter der neuen Regierung niedergeschlagen; den Beziehungen wurde nicht die Bedeutung eingeräumt, die sie eigentlich haben müssten. Jetzt geht man sowohl auf Regierungsebene als auch auf parlamentarischer Ebene daran, die notwendigen Schritte einzuleiten, um das Verhältnis wieder zu normalisieren. Die Beteiligung Spaniens in Afghanistan und die wirtschaftliche Zusammenarbeit im Irak haben den USA gezeigt, dass Spanien gewillt ist, die Beziehungen wieder zu verbessern. Nichtsdestotrotz sollten wir zur Kenntnis nehmen, dass Angela Merkel in weniger als einem Jahr bereits zweimal von Präsident Bush empfangen wurde, während

José Luis Rodríguez Zapatero noch immer darauf wartet.

Frage: Welches sind Ihre Erwartungen an die Deutsche EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007? Wie könnte man aus Ihrer Sicht das Projekt der Europäischen Verfassung reaktivieren?

Antwort: Deutschland muss einmal mehr die Rolle als Lokomotive Europas übernehmen. Nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht, sondern insbesondere aus politischer Perspektive. Die deutsche Bundes-



kanzlerin Angela Merkel (im Foto mit Duran i Lleida) hat bereits ihre Fähigkeit und Entschlossenheit bewiesen, europäische politische Projekte anzuführen. Sie ist eine Hoffnungsträgerin für die Europäer. Daher vertraue ich auf die Fähigkeit Deutschlands, geeignete Lösungen zu finden, um das Projekt der Verfassung zu reaktivieren. Denn dieses ist notwendig und positiv für Europa. Ich trete dafür ein, den Verfassungsvertrag so wie jetzt beizubehalten und die gesetzlichen Wege und Formeln zu finden, die erlauben, ihn nach der Ratifikation durch die europäischen Bürgerinnen und Bürger in Kraft zu setzen.

Herr Duran i Lleida, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Impressum:

Konrad Adenauer Stiftung e. V.
Außenstelle Madrid

Inhaltlich Verantwortlich:

Michael Däumer

Fragen und Übersetzung:

Stefan Reith

Design: Normann Kreuter

Postanschrift:

Plaza de Castilla, 3, 16-D 2
28046 Madrid, Spanien

Tel: (+34) 91 579 61 86

Fax: (+34) 91 571 86 12

Email: kasmad@gmx.net

Web: www.kas.de/espana